



## **Deutsche Bank und kontroverse Waffen: Hehre Worte vs. praktisches Investment**

Die Deutsche Bank präsentiert sich gern als Vorreiterin und Musterschülerin, wenn es darum geht, Umwelt und Menschenrechte zu schützen. Kein anderes deutsches Bankhaus hat derart viele, aber zumeist unverbindliche Nachhaltigkeitserklärungen unterzeichnet wie die Deutsche Bank. „Soziale Verantwortung muss selbstverständlicher Teil unseres Denkens und Handelns sein“, sagt Dr. Josef Ackermann, der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank. Und: „Wir wollen ausdrücklich in keinerlei Transaktionen mit Personen-Landminen, Streubomben oder ABC-Waffen involviert sein“ (Geschäftsbericht der Deutschen Bank 2008, S. 45).

Die Wirklichkeit hinter diesen schönen Worten sieht jedoch anders aus: Nach aktuellen Datenbankrecherchen gehören weiterhin zahlreiche führende Produzenten kontroverser Waffensysteme zum Kundenkreis der Deutschen Bank. Wir haben unsere Recherche dabei auf Unternehmen beschränkt, die bei anderen international führenden Anlegern wie dem Norwegischen Pensionsfonds längst auf dem Index stehen:

**Beispiel Streumunition:** Die Deutsche Bank unterhält Geschäftsbeziehungen in Form von Krediten, Anleihen und Beteiligungen zu diversen Anbietern und Herstellern von Streumunition wie z.B. Alliant Techsystems, L 3- Communications, Lockheed Martin, Textron, Singapore Technologies Engineering und Raytheon. Das völkerrechtliche Verbot von Streumunition tritt am 1.8.2010 in Kraft. In Deutschland ist die Herstellung schon seit Juni 2009 verboten, was auch die Förderung der Produktion und damit unseres Erachtens auch die Investition in Hersteller einschließt. Dennoch können deutsche Finanzdienstleister nach wie vor unbehelligt von Strafverfolgung in Hersteller von Streumunition investieren. Länder wie z.B. Belgien, Luxemburg, Irland haben solche Investitionen längst verboten.

In über 30 Ländern wurden bislang weit über 200 verschiedene Typen von Streumunition produziert. Die wichtigsten Produzenten kommen aus den USA, Russland und aus Asien. Derzeit bevorraten noch ca. 60 Länder Streumunition. Zum Einsatz gekommen ist sie u.a. im Vietnam-Krieg, im Kosovo-Krieg, in Afghanistan und in den Golfkriegen.





















Gefährlich ist Streumunition, weil ein erheblicher Prozentsatz der Streumunition beim Einsatz nicht direkt explodiert, sondern als tickende Zeitbombe verbleibt. Etwa 100.000 Opfer hat Streumunition bis heute weltweit gefordert: 98 Prozent der registrierten Opfer sind Zivilisten, 27 Prozent davon Kinder.

**Beispiel Atomwaffen:** Die DB unterhält Geschäftsbeziehungen zu Unternehmen wie GenCorp oder BAE Systems, die an der Herstellung von Atomwaffen beteiligt sind und deswegen bei anderen Finanzdienstleistern leer ausgehen. Die Verbreitung von derartigen Massenvernichtungswaffen gilt als zu vermeidende Gefahr die weltweite Sicherheit. Die Bomben über Hiroshima und Nagasaki haben über 200.000 Menschen unmittelbar das Leben gekostet, ca. doppelt so viele starben an den Spätfolgen dieses Einsatzes.

**Beispiel Uranmunition:** Die Deutsche Bank unterhält über ihre Tochter DWS auch Geschäftsbeziehungen zu Herstellern von Uranmunition wie General Dynamics oder GenCorp. Uranmunition enthält angereichertes Uran, ein Abfallprodukt der Herstellung von Brennstäben für Atomkraftwerke. In den Golfkriegen, in Bosnien und im Kosovo wurde diese radioaktive Munition eingesetzt. In den Balkankriegen wurden mehr als 30.000 Urangeschosse verfeuert, deren Überreste nun auf Jahrzehnte Boden und Grundwasser kontaminieren. In den verseuchten Regionen schnellen die Krebsraten in die Höhe. Das Europäische Parlament hat dazu aufgerufen, die Verwendung von

uranhaltiger Munition einzustellen. Viele andere Banken haben die Finanzierung von Unternehmen, die Uranmunition herstellen, eingestellt. Derzeit haben noch ca. 20 Armeen der Welt Uranmunition vorrätig.

### Die Deutsche Bank und ihre Geschäftsbeziehungen zu Herstellern kontroverser Waffen

Unternehmen	Streumunition	Uranmunition	Atomwaffen	Kredite	Beteiligungen	Anleihen
Alliant Techsystems (USA)					\$	
L 3-Communications (USA)				\$	\$	\$
Lockheed Martin (USA)					\$	
Textron (USA)					\$	\$
Singapore Technologies Engineering					\$	\$
Raytheon (USA)					\$	\$
GenCorp (USA)						\$
BAE Systems (GB)				\$	\$	\$
General Dynamics (USA)					\$	
EADS (D/FR/ES)				\$	\$	\$
Finmeccanica (I)				\$	\$	\$
Safran SA (F)					\$	
Serco plc (GB)					\$	

Quellen: PROFUNDO (2010): German banks financing producers of nuclear weapons and depleted uranium weapons: A research paper prepared for URGEWALD, 7 Juni 2010. Netwerk Vlaanderen, IKV Pax Christi (2010): Worldwide Investments in Cluster Munitions, April. Aktuelle Beteiligungen von Investmentfonds der DB und deren Tochtergesellschaften (z.B. der DWS) wurden über onvista.de und finanzen.net identifiziert.

<http://www.regjeringen.no/en/dep/fin/Selected-topics/the-government-pension-fund.html?id=1441>, [www.ethisches-investment.info](http://www.ethisches-investment.info). Aktionsbündnis Landmine.de (2010): Produzenten von Landminen, Streumunition, Uranmunition und Atomwaffen, eine Recherche für URGEWALD.

Diese Rechercheergebnisse belegen, wie umfangreich die Deutsche Bank und ihre Tochterunternehmen an den Geschäften mit kontroversen Waffen beteiligt sind.

Im Vergleich dazu gehen andere international führende Banken dazu über, sich konkrete Beschränkungen für Geschäfte mit der Rüstungsindustrie aufzuerlegen. Sie schließen die Finanzierung kontroverser Waffensysteme kategorisch aus. Zu diesen gehören neben nuklearen auch biologische und chemische Waffen sowie Landminen, Streu- und Uranmunition. Teilweise lehnen sie jedwede Zusammenarbeit mit Firmen ab, die diese Waffen herstellen, besitzen oder damit handeln. Insbesondere Banken aus den Beneluxstaaten wie ING, Rabobank und KBC haben sich infolge von NRO-Kampagnen dazu verpflichtet, die Finger von diesen Kunden zu lassen. Auf deutscher Seite verfügt die HypoVereinsbank als Tochter der UnicreditGroup über ähnliche Standards.

Die Deutsche Bank weigert sich bisher, ihre hauseigenen Kriterien für Waffenfinanzierungen - jenseits des anfangs genannten Satzes - zu veröffentlichen. Wenn jedoch gilt, was Vorstandschef Dr. Ackermann bei der Hauptversammlung 2010 einmal mehr betont hat, dass „kein Geschäft es uns wert sein (darf), den Ruf und die Glaubwürdigkeit der Bank aufs Spiel zu setzen“, dann muss die Deutsche Bank ihren Worten endlich Taten folgen lassen und jetzt endlich handeln, indem sie sich von diesen mehr als fragwürdigen Kunden definitiv trennt.